

Der Volksstaat

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle, Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Schriftleitung: Dr. Württemberg 6. Fernsprech-Anschlüsse: Nr. 2405, 2407, 2408. Persönliche Anstuferteilung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Invertiert eingelebten Manuskripten ist kein Recht zu betragen.

Bezugspreis monatlich 1,80 und 0,30 BR. Postabnahmegebühr, inbegriffen 2,10 BR. für Abholer mindestens 0,45 BR. Postbezugspreis 2,10 BR. durch Postboten gesammelt 2,50 BR. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 BR. — Einzelgenusspreis 15 Pf. im Einzelgenuss und 80 Pf. im Reflektiert der Brillenmeister. Hauptvertriebsstelle: Dr. Württemberg 6. Fernruf 2405, 2407, 2408. Vertriebskonto 2019 Erlauf.

Was der Kanzler plant / Allerlei Gerüchte um die Papen-Barone Hitler gibt den Adligen „Notstandsrecht“ Weitere Missachtung des vernichtenden Volksurteils / Kräfte, die zur Katastrophe treiben

Die Luft ist geschwängert mit Gerüchten. Das kann nicht wundern in einer Zeit, in der man weiß, daß sich das Reichspräsident mit dem Papen trägt und jeden Tag aufs neue bewußt, daß es unter einer autoritären Regierung eine Regierung verleiht, die ihre Eigenberechtigung nicht aus dem Willen des Volkes und seiner Vertretung, sondern aus dem eines über den wahren Stand der Dinge im unklaren gelassenen Reichspräsidenten herleitet. Man braucht nicht alles zu glauben, was von Mund zu Mund fortgesetzt wird und seinen Niederschlag in gewissen Ansetzungen der Presse findet. Aber es wäre leichtfertig, sich über alle die warnenden Mitteilungen einfach hinwegzusetzen. Nach dem, was wir mit Herrn Papen erlebt haben, sind wir gewarnt, mit allen Möglichkeiten zu rechnen, mögen sie auch noch so abseits erscheinen.

Der Versuch, die „nationalen Konzentration“ auf dem Wege über die Papen-Barone mit den Parteienführern zu betreiben, ist gescheitert, noch ehe die Verhandlungen begonnen haben. Aber ist das Ganze von allem Anfang an mehr gewesen, als das Bemühen, einen Vorwand zu finden? Die Papen-Barone konnten keinen Zweifel über die Erfolglosigkeit eines Vorgehens hegen, das den Parteien nur die Wahl ließ, sich entweder ihrem Willen bedingungslos zu unterwerfen oder die vollständige Unmöglichkeit einer Verständigung zwischen dem Parlament und der gegenwärtigen Regierung offenkundig zu machen. Und da Herr von Papen um die Ausschließlichkeit seines Beginns wissen wollte, triff man ihm mit der Behauptung, er habe nur eine Kullisse für seine weiteren Handlungen schaffen wollen, sicher nicht zu nahe. Wahrscheinlich betrachtet er es noch als einen besonderen Glücksumstand, daß Hitler die Aufforderung zu einer Unterredung überhaupt ablehnt. Das schließt ihm, ganz gleichgültig, ob die anderen Gedanken erscheinen oder nicht, und ganz gleichgültig, wie sie sich äußern werden, willkommene Gelegenheiten, die Schuld an dem Scheitern seiner angeblich so guten Absichten der größten von den in seinen Augen nationalen Parteien zuzuschreiben.

Was aber soll dann weiter werden? Hier liegen die Gerüchte ein. Da heißt es, der Reichstag solle noch vor seinem Zusammenstreuen aufgelöst werden. Zumeist haben sich die Wähler mit übermäßiger Mehrheit gegen den Papen-Sturz und die Papen-Barone entschieden. Sie würden es ein drittes Mal ebenfalls tun, und alle in der letzten Zeit angelegten und in Zukunft vielleicht zu wiederholenden Bemühungen, einen Gegenatz zwischen dem Volk und den Parteien zu konstruieren, würden an diesem Ergebnis nichts ändern können. Die nochmalige Auflösung kann deshalb nur den Sinn haben, das Regiment der Papen-Barone gegen den Willen der überlebenden Volksmehrheit weiterzuführen, den Volkswillen weiter zu missachten und nach den Wünschen einer kleinen Clique weitzuzumurmeln. Alles das ist nur möglich, wenn sich die Papen-Barone entgegen dem klaren Wortlaut der Verfassung wieder über das Parlament hinwegsetzen, wenn sie versuchen, Reichsreform und Verfassungsreform unter Berufung auf das so genannte Notstandsrecht, d. h. ein Recht, dessen Geltung nur von den reaktionären Staatsrechtslehrern anerkannt wird, durch Verordnung zu oktroyieren. Es gibt Leute — und sie gehören nicht zu den leistungsfähigen Schwärmern — die dem Kabinett Papen solche Absichten ernstlich nachsagen und ihre Verwirklichung schon für die nächsten Tage anfangen. Sie träuen einem Mann wie Herrn Papen in Anbetracht seiner Unberühmtheit, mit der er diese Welt sieht, alles zu.

Wären die Tatsachen, daß Gerüchte der getren-

zeichneten Art in Umlauf sind, ruft die schwersten Deunruhigungen und Erschütterungen hervor, und alle denen es um das deutsche Volk zu tun ist, müssen von den Papen-Baronen endlich ein klares Wort verlangen, mit dem sie von den ihnen zugeordneten Plänen nicht nur mit Redensarten, sondern klar und eindeutig abscheiden. Außerdem ist es dringende Pflicht, den Reichspräsidenten auf die Gefahren der Stunde hinzuweisen. Sie wäre in erster Linie von den Ministerpräsidenten der Länder zu übernehmen, denn von allen anderen abgesehen, steht ein Gut, dessen Bedrohung Herr von Papen nicht zulassen kann, auf dem Spiel: — die Einheit des Reiches. Zwar hat es der Reichspräsident bisher nicht einmal für notwendig gehalten, seine Barone nach dem Artikel des Staatsvertrags zu einer am 1. Juli 1932 erfolgten Sitzung zu rufen, und es ist gegenüber der preussischen Staatsregierung anzunehmen und sie zu veranlassen, daß mindestens der Vorwurf der Pflichtverletzung auf die gleiche Art zurückgenommen wird, wie es von Herrn von Papen ins Land hineingerufen wurde. Auch in anderen Fällen hat der oberste Vertreter des Volkes neuerdings ein Verhalten an den Tag ge-

legt, als ob es in der deutschen Geschichte weder einen 31. Juli noch einen 6. November mit ihren vernichtenden Volksurteilen gegen die Papen-Barone gegeben hätte. Aber schließlich hat auch der Reichspräsident den Willen des Volkes und den seiner verfassungsmäßigen Instanzen zu respektieren und dafür zu sorgen, daß Experimente unterbleiben, die unter Land in tiefen Anglist führen müssen. Ist er dennoch damit einverstanden, was gegenwärtig als Wächter der Papen-Barone überall zu lesen steht? Im Interesse Deutschlands ist eine schnelle und unmissverständliche Antwort notwendig! Die Papen-Barone klagen ihre Macht und ihr Recht auf die Bajonette der Reichswehr. Aber es gibt noch Kräfte, gegen die auf die Dauer auch die Bajonette eines Heeres von 100 000 Mann vergeblich sind. Die Papen-Barone sind sich darüber nicht im klaren. Trotzdem lohnt es sich, die Kräfte unter ihnen zu geben, die es bis zum letzten treiben wollen. Wir warnen sie hundert und tausendmal um Deutschlands willen. Den Anfang ihres Weges mögen sie kennen. Sein Ende wird bestimmt durch die Kräfte, die trotz aller Not auch heute noch in unserem Volke leben und die sich in seinen Organisationen und großen Parteien widerspiegeln.

Kommunalwahlen in Sachsen und Lübeck

Schwächere Wahlbeteiligung — Zunahme der radikalen Flügelparteien

Am Sonntag wurden in Sachsen die Gemeindeparslamente, in Lübeck die Bürgerhaushausparlamente, in Lübeck die Bürgerhaushausparlamente, die Wahlen sind überall ruhig verlaufen. Sie ergaben eine noch geringere Wahlbeteiligung als bei den Reichstagswahlen am vorletzten Sonntag. Die letzte Bürgerhaushauswahl in Lübeck war am 16. November 1929, die letzten Kommunalwahlen in Sachsen am 17. November 1929.

Stadtordeordnetenwahl Dresden: SPD. 103 883 (123 135), 22 (28) Mandate, Dn. 20 369 (36 185), 4 (7), Nazi 104 107 (134 333), 22 (4) Dsp. 16 955 (22 522), 4 (12), KPD. 59 780 (64 515), 13 (7), Stp. 7749 (8108), 2 (5), Hausbewerber 11 910, 3 (3), Jhr. 6643 (7231), 1 (1), Ehr.-Soj. 4733 (4310), 1 (0), Müntzfl. 6947, 1 (0), Hamb. Gewerbe 2858, 1 (0), Ueberparteiliche Rechte 1661, 1 (0).

Die Vergleichsziffern sind die Ergebnisse der letzten Reichstagswahl. Bei den Mandaten sind als Vergleichsziffern die Ergebnisse von 1929 herangezogen.

Stadtordeordnetenwahl Leipzig: SPD. 132 871 (153 698), 24 (27), Nazi 101 090 (128 258), 18 (21), KPD. 96 275 (100 202), 17 (9), Nationale Bürgerliste 55 855 (63 188), 10 (28), Volksp. 16 090, 2 (4), Stp. 7900 (7089), 1 (3), Ehr.-Soj. 5505 (4308), 1 (0). In der Leipziger Stadtordeordnetenversammlung haben 41 Mandate der Sozialdemokraten und Kommunisten (früher 36) gegen 34 Mandate der übrigen Parteien.

In Zwickau, wo die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen 12 765 Stimmen erhielt, brachte sie es am Sonntag auf 10 738. Von den drei ersten 15 Stadtordeordnetenmandaten konnte sie 10 behaupten. Die Nazis gingen von 20 456 Stimmen vom 6. November um 25 Prozent auf 14 283 Stimmen zurück. Sie erhalten 13 Mandate. In dem alten Stadtordeordnetenparlament, das 1929 gewählt wurde, besaßen sie 7. Im Ver-

gleich zum 6. November verloren auch die Kommunisten, sie gingen von 8222 auf 7677 zurück.

In Zittau wurden gewählt: SPD. 6 (9), Stp. 2 (4), Dsp. 1 (2), Nazi 8 (2), Dn. 1 (1), Volkshilfe 1 (2), KPD. 5 (1), Berufstätige Vereinigung 4 (5).

In der Stadt Weissen erhielt die SPD. 16 (18) Mandate, die KPD. 4 (1), die Bürgerlisten 8 (15), die Nazis 9 (2).

In Lübeck, wo Sozialdemokraten und Kommunisten bisher 41 von 80 Bürgerhaushausparlamenten innehatten, ohne daß diese Mehrheit sich hätte praktisch auswirken können, besaßen sie nach der gestrigen Wahl 38 von 80. In einzelnen ergaben die Wahlen folgendes Bild: SPD. 30 317 (32 036), 29 Mandate, KPD. 9940 (9894), 9, Nazi 27 681 (31 613), 27, Hanseatischer Volksbund 5010, 5, Stp. 1314 (1003), 1, Jhr. 765 (964), 1, Hausbewerber 4135, 1, Dn. 3791 (5788), 1.

Die Vergleichsziffern sind die Ergebnisse der letzten Reichstagswahlen. Die Beteiligung betrug am Sonntag 87 Prozent gegen 89 Prozent am 6. November. Eine Mehrheit besitzt der gegenwärtige Senat, der von der SPD. geführt wird, in der Bürgerschaft nicht mehr.

Kein Einbruch in die marxistische Front

Ueber das Ergebnis der sächsischen Gemeindeparslamente schreiben die rechtsstehenden „Leipziger Neuesten Nachrichten“:

„Der Marxismus in seiner Gesamtheit bleibt unerschüttert. Wohl hat diesmal eine beträchtliche Verschiebung zur äußersten Linken Platz gegreiffen... In seiner Gesamtheit hat sich der Marxismus gehalten. Die Lehre von dem Einbruch der Nationalsozialisten in das marxistische Lager ist abermals durch diese letzte Wahl nicht erhärtet worden.“

Gegen die Barone

Neue Anträge der Landtagsfraktion

Die sozialdemokratische Fraktion im Preussischen Landtag führt in einem Antrag aus, daß nach dem Wortlaut der Einsetzung des Staatsgerichtshofs weder der Reichstagsrat noch deren Vertreter beauftragt seien, Verfügungen oder Erlasse als Landesregierung oder als preussische Staatsministerien herauszugeben. Sie hätten auch nicht das Recht, sich als preussisches Staatsministerium „mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt“ zu bezeichnen. Der Antrag fordert einen Landtagsbeschuß folgenden Inhalts:

„Verordnungen, Verfügungen oder Erlasse, die vom Reichstagsrat und seinen Vertretern unter der Bezeichnung „preussisches Staatsministerium“ oder von einzelnen von ihnen als preussische Minister ausgeben werden, sind gleichgültig ob mit oder ohne den Zusatz „mit Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt“, nicht der Landtag als nicht verfassungsmäßig zustande gekommen und daher als ungültig an.“

Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag beschäftigt sich mit den viel erörterten Verfassungsreformen und äußert die Vermutung, daß u. a. das gleiche Wahlrecht durch Schaffung von Zusatzstimmen aufgehoben werden solle. Der Antrag erludt das Staatsministerium, im Reichspräsidenten dem Versuch, die demokratischen Rechte des deutschen Volkes anzutasten, bei Beratung der Verfassungsreform entschlossensten Widerstand zu leisten und seinem Entwurf einer Reichsreform zugewinnen, in dem die Rechte Preußens weniger gewahrt werden als die der anderen Länder. Die Stellungnahme zur Verstärkung der Reichswehr sollte davon abhängig sein, ob die Verstärkung in gleicher Weise gegenüber allen Ländern durchgeführt werde.

Antwort an Gopl

Die Kriegsteilnehmer gegen Zusatzstimmen

Königsberg, 12. November. Sonnabend und Sonntag fand in Königsberg die 21. Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegesbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverbitterten statt.

Der 1. Bundesvorsitzende, Pfänder, eröffnete die Konferenz im Sitzungssaal des Provinziallandtages. Er kam in seiner Rede auch auf die Verfassungsreformpläne der Landesregierung zu sprechen. Bei der Beurteilung dieser Pläne, so sagte er etwa, bringe sich unwillkürlich die Frage auf, ob wir in Deutschland denn zur Zeit keine dringenderen Aufgaben hätten. Der Reichsminister habe davon gesprochen, daß er bei der Reform des Wahlrechts beabsichtige, den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme zuzugewinnen. Er habe sich damit zum Teil die Pläne der NSDAP. ergraben gemacht, einer Partei, die ja auf das schärfste den Parlamentarismus an sich beifämpfe.

„Wir wünschen aber keine neue Klassifizierung, wie deutschen Kriegsteilnehmer wollen nicht mehr Rechte, sondern gleiches Recht. Wir lehnen es ab, und ich betone das ausdrücklich an dieser Stelle.“

Der Kanzler spreche sich oft gegen Parteimitgliedschaft aus. Wenn aber die Parteien praktisch ausgeschlossen würden, was nütze dann eine Zusatzstimme? Die Staatsgewalt gehe vom Volke aus. In diesem Grundgesetz müsse man festhalten.

Die Länder warnen die Reichsregierung

Gegen Reichsaufbau und Verfassungsexperimente

In der Sitzung der Reichsausschüsse hat am Sonnabendmittag der preussische Ministerpräsident gegen die Behandlung Preussens durch das Reich protestiert. Er hat auf umfassende Mängel der Reichsverfassung hingewiesen und darüber verlangt, auf welchen Wegen die Regierung von Papen ihre Verfassungspläne durchzuführen gedenkt.

Nach dieser Rede warnen die Ministerpräsidenten der süddeutschen Länder die Reichsregierung sehr nachdrücklich vor nochmaliger Reichsaufbau und gefährlichen Verfassungsexperimenten.

Die Reichsregierung wird nach dieser Sitzung keinen Zweifel daran haben, daß sie bei Verfassungsexperimenten auf sehr ernstem Widerstand in Süddeutschland stoßen würde!

Ueber die Verhandlungen in den Reichsausschüssen erzählt das Nachrichtenbüro des B.D.Z., daß in der Vormittagssitzung, die sich mit den Finanzfragen befaßte, die preussischen Vertreter, Ministerpräsident Braun und Minister Dr. Klepper sich an der Aussprache nicht beteiligten, um durch ihre Schwiegen Kollegen zu protestieren, daß ihnen bisher keine hinreichenden Arbeitsmöglichkeiten eröffnet worden seien.

In der Verfassungsdebatte am Nachmittag dagegen nahm Ministerpräsident Dr. Braun als erster Vertreter der Länder das Wort. Er führte einleitend aus, daß Vorbereitungen der Reichsregierung mit den größeren Ländern stattgefunden hätten, zu denen Preußen und die übrigen kleinen Länder nicht zugezogen worden seien, so daß diese auf die wenig ergiebigen Mitteilungen des Reichsinnenministers über die beschlossenen Reformen angewiesen seien. Daraus ergab sich aber, daß noch immer keine konkreten Entwürfe vorlägen, nicht einmal im Rahmen der Reichsregierung. Das Problem der Reichsreform ist nicht neu. Es sei namentlich auf der Länderkonferenz bis in alle Einzelheiten erörtert worden. Er hoffe, daß die Arbeiten im wesentlichen auf dieser Grundlage fortgesetzt würden.

Zweifellos bestünde nach der Reichsverfassung ein unumwundener Dualismus Reich-Preußen. Preußen habe sich in den letzten zehn Jahren mit Erfolg bemüht, durch eigenverantwortliche Haltung gegenüber dem Reich die Dualismus möglichst wenig spürbar zu machen.

Kritik als sein geistiger Weg, um die Mängel zu beseitigen. Nachdem der Staatsgerichtshof entschieden habe, sei es dem schärfsten Gebot der Gerechtigkeit, wenn nicht der Rechtschaffenheit vor die Hände gehen solle, daß die preussischen Minister wieder in ihr Amt eingesetzt würden. Das sei bisher nicht geschehen. Das müsse der erste Schritt sein; dann werde es auch möglich sein, sich über die Zusammenarbeit zu verständigen.

Die preussischen Minister traten nicht an ihren Plätzen; sie seien sofort zurückgetreten, aber er könne nach der Verfassung als Ministerpräsident sein Amt nicht niederlegen, solange der Landtag noch keinen Nachfolger gewählt habe. Nach der bisherigen Behandlung durch die Reichsregierung könne er trotz des Weisiger Urteils noch nicht einmal über einen Restposten selbst verfügen.

Zu den übrigen Ländern der Reichsregierung auf Verfassungsexperimente erklärte Braun, man müsse sich als Politiker doch fragen, ob eine Auslösung für eine verfassungsändernde Mehrheit für solche Reformen vorhanden sei.

Wie denke die Regierung denn ihre Reformen durchzuführen, wenn das nicht der Fall ist. Darüber etwas zu wissen, liege durchaus im Interesse der Länder und insbesondere im Interesse der Ruhe und Ordnung. Wenn nicht weiter wilde Gerüchte kursieren sollen, wenn die Defensivität nicht noch verwirrt werden solle, als sie jetzt schon sei, dann müsse man hierüber Klarheit verlangen und rechtzeitig die Reichsregierung warnen!

Wie das Nachrichtenbüro des B.D.Z. weiter hört, wurde in der Aussprache von den Rednern der größeren Länder übereinstimmend die Notwendigkeit einer Vereinigung des Konflikts Reich-Preußen im Sinne einer föderalen und großzügigen Reichsverwaltung bei der Entscheidung des Staatsgerichtshofs betont. Häufige Kritik über insbesondere auch der bayerische Ministerpräsident Dr. Hüb. Weberinstituten wurde auch vor Verfassungsexperimenten und insbesondere vor einer nochmaligen Reichsaufbau gewarnt.

Der bairische Staatspräsident Schmidt, der ebenfalls in die Debatte eingriff, fragte den Reichsinnenminister, was an den neuesten Gerüchten über Verfassungsexperimente der Reichsregierung sei. Freiherr von Gopl erwiderte in ein und derselben Rede, daß es sich dabei um „Kombinationen“ handle und, etwas später — ihm sei von derartigen Plänen nichts bekannt.

Das Ergebnis der Beratungen vor die Annahme der Entschlüsse des Reichsrats ist folgende amtliche Veröffentlichung ausgegeben worden:

Entschlüsse der Länder

Ueber die am Sonnabend abgehaltenen Beratungen der Ausschüsse des Reichsrats ist folgende amtliche Veröffentlichung ausgegeben worden:

In der heutigen Sitzung der vereinigten Ausschüsse des Reichsrats wurde zunächst die Finanzfrage von Reich, Ländern und Gemeinden besprochen. Der Reichsminister der Finanzen, Graf Schwerin-Krosigk, gab dann dazu einen Überblick über die Finanzlage im Reich. Danach rechnet er mit einem Ausfall bei den Steuern und Zolleinnahmen in Höhe von etwa 700 bis 800 Millionen Mark, von denen etwa 400 Millionen das Reich, der Rest die Länder treffen. Außerdem legte der Minister den Schuldendienst des Reiches und die Verpflichtungen des Reichs aus Garantien usw. dar.

Die Länder machten ihre bekannten Forderungen geltend: Abschlagszahlung des Reichs an die Länder auf die Eisenbahnabfuhr, Beteiligung der Länder an den Zuschlägen zur Einkommensteuer und schließlich gleichberechtigtes Vorgehen des Reichs und der Länder bei der Ergriffung von Sparmaßnahmen.

Der Reichsminister der Finanzen sagte zu, die

Vorbereitungen der Länder innerhalb der Reichsregierung zu besprechen.

Die Verfassungsfragen

In der Nachmittagsitzung gab der Reichsminister des Innern, Freiherr von Gopl, einen Überblick über die Pläne der Regierung zur Reichsreform, wobei er betonte, daß diese Pläne in enger Fühlung mit den Ländern weiter bearbeitet werden sollten. Hieran schloß sich eine ausführliche Aussprache. Abschließend faßte die Vereinigten Ausschüsse folgende Entschlüsse, die dem Reichsrat in seiner nächsten Plenarsitzung vorgelegt wird:

I. Die Maßnahmen des Reichs vom 29. und 30. Oktober 1932 gehen über die Reichsreform, die auf Grund der Rotenordnung vom 20. Juli 1932 getroffen wurden, weit hinaus. Ohne bei diesem Anlaß die Frage der Reichsbeständigkeit dieser Anordnungen weiter zu berühren, stellt der Reichsrat fest,

Nur die „Nachtausgabe“ jubelt

Freche reaktionäre Freude über den Massenhinwurf republikanischer Beamter

Die gesamte Presse befaßte sich mit der Massenentlassung und Säuberung der preussischen Ministerien von republikanischen Beamten. Besondere Aufmerksamkeit ist der Tatsache, daß viele Blätter an dem von den heutigen Reichsbehörden gegebenen Begründung für diesen Massenentwurf anstoßen. Der amtliche Pressedienst der preussischen Staatsverwaltung gab am Freitagabend an, die Maßnahme gründe sich auf das Prinzip der Verschmelzung und der Vereinfachung der Verwaltung. Das aber nur republikanische und ehemalige sozialistische Beamte das alleinige Opfer dieses Sparplans geworden sind, kennzeichnet bereits das Entschuldigungsgeheim der Reaktion, das in Wahrheit nur eine Zweifeltage ist. Sie ist der „antifaschistische“ Staatsführung und gut genug, die Mittel zum Zweck zu heiligen. Und der Zweck ist: die gesamte preussische Verwaltung wieder zu einer Dominanz von „Führern“ (sozialistischen) und der Sozialisten zu verformen. Es ist das Organ der „antifaschistischen“ und „antirepublikanischen“ der völkischen und nationalsozialistischen Bewegung in folgenden Worten treffend charakterisiert:

„Alles was republikanisch eingestellt oder verächtlich ist, wird beseitigt. Was haben die Kreise, die heute regieren, für ein Geschick gemacht wegen der „Arbeitgeberbeamtenwirtschaft“ in Preußen? Und jetzt? Die dünne Oberfläche der heute Regierenden will nicht nur die Macht, sondern den gesamten Staatsapparat in die Hand bekommen. Die Herren wollen nicht begreifen, daß in einem Volkstaat die politischen Beamten aus allen Schichten des Volkes kommen müssen. Dieser Grundsatz der Demokratie will sich stärker erweisen als die neuen Herren und ihr Regiment.“

Wie verhalten sich die Wiedergabe anderer republikanischer und demokratischer Stimmen und Stimmen des einzigen verlässlichen hinter den Papen-Regime stehende Berliner Zeitungsunternehmen, das des Herrn Augenberg, der in seiner „Nachtausgabe“ sagen läßt: „Die Penetration ist natürlich auch auf die politische Einstellung der betreffenden Beamten zurückzuführen.“ Das Organ der „Großpreussischen“, „Deutsche Tageszeitung“, befaßt die

beß durch diese Maßnahmen eine auszubauende und tiefgreifende Umgestaltung der Reichsverfassung. Die Verfassungspläne sind im wesentlichen dem Reich und Preußen, welches dem Reich und den Ländern und zwischen den Ländern untereinander herbeizuführen sind.

Die obersten Reichsorgane haben wiederholt die Forderung, daß an dem grundsätzlichen Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern nichts geändert werden soll. Der Reichsrat erwartet daher, daß die Reichsregierung im Hinblick auf diese Forderung so reich wie möglich bei der Erhebung der eingetragenen Gleichgewichtveränderung erforderlichen Maßnahmen trifft.

II. Bei der großen Bedeutung einer Reichsreform für das Schicksal von Volk und Reich stellt der Reichsrat an die Reichsregierung das dringende Verlangen, unter Vermittelung überprüfbarer Maßnahmen und einer überläßigen Behandlung die deutschen Länder bei der Festhaltung der Entwürfe noch vor ihrer Veröffentlichung im Reichstagsabstimmungs- und vor einer öffentlichen Bekanntgabe maßgebend zu beteiligen.

„Es wird mit den Parteiführern in der preussischen Zentralverwaltung gründlich aufgeräumt. Schließlich bedeutet dieser Beamtenentwurf auch eine Verfestigung des juristischen Elements in der Zentralverwaltung, die von den Regierungen der Weimarer Koalition im besonderen starken Maße mit Nachdruck durchgeföhrt worden war.“

In ihrem Zeitungsgeschehen vergißt die schwarz-weiß-rote Baronspreffe öftlich, daß Herr von Papen und seine Kommandeure nur verlassen haben, „um zu sparen!“ So befaßt die „Preussische“, daß die „Sparsache“ nur das Mittel sein sollte für den wahren Zweck: Die Verwässerung und das Volk in die Seiten Wilhelm II. zurückzuführen, wo die Herren kein Interesse unter sich sind und das Volk gerade gut genug zu betrachten und das Man zu halten. Die Wunden der Wilhelm II. und die Monarchie an sich, kann sein Verfallenssystem nicht ertragen. Sprünge und spritzen wird nur auf einen: auf den dummen Mädel, den man mit „antifaschistischer Staatsführung“ und „Christentum“ an der Nase herumzuführen will!

Krisenratung der Landgemeinden

Papen „verhindert“ — Scharfe Kritik an der Verwaltungsreform

Am Sonnabendvormittag veranstaltete der Verband der preussischen Landgemeinden einen Delegiertenrat im Plenarsitzungssaal des Reichstags. Der Antrag zu der Tagung war demnach, daß bei überfüllten Kreislagen eine Parallelversammlung in der Wandelschule abgehalten werden mußte. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatten zu der Tagung Vertreter entsandt.

Der Vorsitzende des Verbandes, Bürgermeister Lange-Weißwasser, teilte bei der Begrüßungsansprache mit, daß Reichsminister von Papen trotz seiner Zusage auf sein Erscheinen verzichtet hätte. (Anruhe und Zurufe: Wir hätten ihn auch empfangen.) Weiter erklärte der Vorsitzende, daß sich der Gesamtverband noch heute hinter den Entwurf stelle, obwohl Gerede auf die fast allgemein scharfe Ablehnung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms in der Presse sehr starke Einschränkungen in seinem Programm vorgenommen hat. Die bisherigen Maßnahmen zur Verwaltungsreform lehnte der Redner als eine zu weitgehende Zentralisierung ab. Die Landgemeinden seien der Ansicht, daß das Ziel einer positiven Verwaltungsreform nicht die Aufhebung der Selbstverwaltung, sondern die Wiederherstellung in ihrer ursprünglichen Reinheit sein müsse.

Auch der folgende Redner, Landrat v. Ermlin, der für den Brandenburgerischen Verband sprach, lehnte die letzten Reformmaßnahmen der Preußenkommission ab. Der Redner erging sich sodann in unermüdeten Angriffen auf die Reichsregierung, deren ablehnende Haltung in der Frage der Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Landgemeinden einfach unverständlich sei.

Darauf nahm der neue Reichsminister ohne Geschäftsbereich Dr. Popitz, der als Kommissar für die Führung des preussischen Finanzministeriums betraut ist das Wort, um zunächst das Richterscheinen Dr. Brauchs zu entschuldigen. (Unruhe und Zurufe.) Dr. Popitz er-

klärte: „Ich bin überzeugt, daß die großen Aufgaben von Reich und Ländern nicht gelöst werden können, wenn dies nicht in enger Verbindung mit den Interessen sämtlicher Kommunen geschieht. Zu dem

Arbeitsbeschaffungsprogramm des Landgemeindefestages

erklärte Popitz im Hinblick auf die Angriffe seines Vorredners gegen die Reichsregierung, daß jeder, der Bedenken gegen diesen Plan äußere, doch unter seinen Umständen als böswillig hingestellt werden könnte. Ein solcher umfassender Plan sei natürlich mit ganz großer Ver-

antwortung verbunden. Er kann nur so gefaßt sein, daß er im Einklang mit unbedingter Förderung der deutschen Wirtschaft steht. (Sehr richtig.) Auch muß der Zusammenhang mit der Bekanntgabe der Finanzen in entscheidender und kassenmäßiger Beziehung innegestanden werden.

Mit dieser Erklärung wollte Popitz einverstanden von den inflationistischen Finanzierungsplänen abrücken, die das Gerede-Programm enthält.

Nach Popitz begann Dr. Gerede mit einer Abhandlung über das Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Nazi-Putschisten schwer belastet

Der Fortgang des Altonaer SA-Prozesses

Hamburg, 12. November.

In dem großen Prozeß gegen die hitlerwärtigen „Kollaboranten“ Bombenunternehmer der nationalsozialistischen Verteidiger Freisler am Sonnabend eine große Offenbarung, die die Glaubwürdigkeit der Zeugen, die die Angeklagten durch ihre Aussagen auf das Schwerste belastet hatten, zu beeinträchtigen.

Den Zeugen Reichswehrfeldwebel a. D. Baum, der der Staatsanwaltschaft die Namen der SA-Leute genannt hatte, die das Mittel in Gilling vertrieben, bezeichnete er als einen ungläubwürdigen Menschen, der seine Aussagen nur gemacht habe, um sich die ausgeschlagene Belohnung zu verdienen. Gegen diese Behauptungen der Verteidigung stehen die Aussagen des am Tage vorher eidlich vernommenen Kriminalrat Dr. Baums durchgeföhrt hat und dem Gericht erklärte, daß er selbst den Zeugen Baum erst nach der Erstattung der Anzeige auf den ihm zustehenden Anteil an der ausgeschlagenen Belohnung aufmerksam gemacht habe. Der eigentliche Grund der Angaben Baums wäre aber die verlogene Berichterstattung der nationalsozia-

listischen Zeugen gewesen, die die Bombenattentate als das Werk infangereicher Kreise bezeichnet hätten. Darüber hinaus sei aber auch der Zeuge über die nationalsozialistische Bewegung, der er früher angehört, außerordentlich enttäuscht gewesen, so daß er keinen Grund mehr gehabt hätte, das, was er von den Bombenattentaten wußte, zu verschweigen.

Dem Referenten Ebers, der im Auftrag der Staatsanwaltschaft Altona die Vernehmung einiger Angeklagten vorgenommen hatte, warf die Verteidigung vor, daß er sich das Vertrauen der Angeklagten zu erschließen versucht hätte, indem er sich als Mitglied der Nationalsozialistischen Partei ausgegeben hätte. Der Zeuge Ebers bestritt diese Behauptungen entschieden und wies die Verdächtigungen über nicht einwandfreie Vernehmung entschieden zurück. Eine zweite Frage der Verteidigung an den Zeugen, ob er mit SA-Leuten gemeinsam geredet habe, ließ der Vorsitzende des Sondergerichts nicht zu.

Der Zeuge Thomsen selbst blieb bei einer Gegenüberstellung mit einem seiner ehemaligen Kameraden bei seiner Aussage. — Die Verhandlung wird am Montag weitergeföhrt.

Schlechte Ergebnisse der „gemeinnützigen“ Siedlung

Siedler in Not!

Von Dr. Curt Lomberg

Zehntausende Siedler empfinden heute die ganze Siedlung als beispiellosen Bauschmerz. Und man kann ihnen nicht unrecht geben. Während der Siedler heute nicht weiß, wie er die fälligen Zahlungen aufbringen soll, war die Siedlung für den feudalen Großgrundbesitz und die „gemeinnützigen“ Siedlungsgesellschaften, in denen die bankrott gegangenen Großgrundbesitzer ein behagliches Unterkommen fanden, ein lukratives Geschäft. Großgrundbesitz und Siedlungsgesellschaften haben sich gegenseitig in die Hände gearbeitet. Das Opfer waren die Siedler.

Zufällig ist Jahre hindurch von vielen Siedlungsgesellschaften gefehlt worden, um Grund und Boden von nicht zahlenden Großgrundbesitzern mit hohem Gewinn an die Siedler zu verkaufen. Der Großgrundbesitz richtete sich durch unflinige und komfortable Wirtschaftsweise zugrunde. Kam der Bankrott, dann mußte die Siedlung einspringen. Hypothekendarlehen und Privatdarlehen kamen so auf ihre Kosten. Die Kosten wurden auf die armen Siedler abgedrückt. Sie mußten für Liebernahmestofen des Großgrundbesitzes geradeleben. Auf den horrenden Kaufpreis wurden die Kosten der Zinsfremdwirtschaft, die Gebäudestofen, Kosten für Meliorationen und die Generalaufkosten der Siedlungsgesellschaften, die vielfach an ihre Aktionäre eine feste Dividende zahlten, draufgeschlagen. Für den Siedler blieb die Kaufkraft von früh bis spät in der häßlichen Frucht und der ständigen Sorge zu plagen, ob er auch die nächste Lebensrate noch bezahlen kann. Selbst wenn er seine Lebensführung auf ein Minimum herunterdrückte.

Angefaßt der katastrophalen Ergebnisse der Siedlung muß an die ungeheure Zersplitterung und das Gegenüberarbeiten der zahlreichen Siedlungsgesellschaften erinnert werden. In Preußen gibt es allein 13 provinzielle, 74 private und 52 Kreisfidejussorngesellschaften. Dazu kommen noch 100 bis 150 Großgrundbesitzer, die selbst

gefaßt haben. Alle diese zahlreichen Siedlungsgesellschaften konnten aus dem vollen Wirtschaften, da der Staat ihnen in reicher Weise Mittel für ihre „gemeinnützige Kulturarbeit“ zur Verfügung stellt. Sogar Steuerprivilegien schenkte ihnen der Staat zu. Dagegen verfügten die Gesellschaften nur in unzureichender Weise über eigenes Kapital. Selbst die größeren Gesellschaften, z. B. die Kommerzielle Landgesellschaft, besaßen nur ein Aktienkapital von nicht einmal 3 Millionen Mark. Etwas anders zu beurteilen ist lediglich die Arbeit der provinziellen Landgesellschaften, die nach der Vorfrist des Siedlungsgesetzes keine höhere Dividende als 5 Proz. ausschütten dürfen. Schwer gefaßt haben die Siedlungsgesellschaften in der Zahlung von überhöhten Gehältern. Hier gibt es allerdings für die leitenden Angestellten bestimmte Vorschriften, nach denen ihr Entgelt nicht mehr betragen darf als ein Ministerialgehalt zuzüglich 30 Proz. Zulage. Nach dieser Vorschrift kommt aber immer noch ein respektables Gehalt von 1600 Mark heraus. Die Gehaltsgrenze besteht für die privaten Gesellschaften nicht. Hier werden auch heute noch, nach jahrelanger Krise, Direktorengehälter von 40 000 bis 60 000 Mark pro Jahr gezahlt. Es ist geradezu vom Rasen, wenn Gesellschaften, die im Jahresdurchschnitt nur 150 Siedlerstellen anlegen, beratende Direktorengehälter, die man nur als Gehaltsstütze bezeichnen kann, herausverwirren. Jedem objektiven Beurteiler muß sich die Auffassung aufdrängen, daß die vom Reich hergegebenen billigen Kredite lediglich dazu gedient haben, einer Reihe von sogenannten leitenden Direktoren ein phantastisches Gehalt zu zahlen. Ein Gehalt, das weit höher ist als die Bezüge des Reichskanzlers in Deutschland. Man darf sich deshalb auch nicht wundern, daß bei solchen Gesellschaften in der Regel die Aktien von 80 bis 50 Siedlern gerade ausreichen, um das Gehalt nur eines dieser leitenden Direktoren zu bezahlen.

Ganz schlimm haben es die zahlreichen privaten Siedlungsgesellschaften erlitten. Sie haben mit den schönsten Verprechungen Siedler aus ganz Deutschland herangezogen und diese dann, ohne

Rückhalt auf die ganz anders gelagerten betriebswirtschaftlichen, finanziellen und Arbeitsverhältnisse des Siedlungsgebietes, fast selbst überfallen. Gewöhnlich war es so, daß die Gesellschaft, wenn sie die Siedler gerufen hatte, von dem Schluß ihrer unflinigen Betätigung verschwand, nach dem bekannten Grundsatz: hinter uns die Sintflut! Die Gesellschaft tauchte dann in einem ganz anderen Teil Deutschlands auf, um ihr unheilvolles Spiel von neuem zu beginnen. Der weitere Fortschritt der Gesellschaft mit den betrogenen Siedlern vollzieht sich meistens durch den Gerichtsvollzieher. Das ist die Tragödie des Siedlungsgebietes. Die Regierung der Barone wirft Hunderte von Millionen für den Großgrundbesitz heraus und macht große Worte über die Notwendigkeit, den betrogenen Siedler zu befreien; aber um die Siedler, ohne Zweifel wertvollster Bestandteil unseres Volkes, bekümmert sie sich nicht.

Doch hier diese grauenvollen Zustände überhaupt entwickeln konnten, daran tragen der unheilvolle großgrundbesitzliche Einfluß auf das preußische Landwirtschaftsministerium und die von den bürgerlichen Regierungen gegründete Deutsche Siedlungsbank die Schuld. Die Sozialdemokratie hat immer wieder schärfste Kontrolle der Siedlungsgesellschaften verlangt. Die Kontrolle wurde aber vom Ministerium aus und von der Deutschen Siedlungsbank ungenügend gehandhabt. Die bürokratischen Institutionen, die sich als Parastellen des Siedlungsrechts entwickelten, haben die Anhebung nicht nur erschwert, sondern die ganze Aktion gefährdet. So nur konnte der Glaube in dem Siedler groß werden, daß der Staat sie vertreten und verteidigen werde.

Wie die wirklich Schuldigen seien, dürfte der Siedler aus unseren Ausführungen erkennen. Der Feind des Siedlers liegt in den Händen der politischen Reaktion, der Interessenten- und Profitpartei. Der Feind des Siedlers, der Industrie- und Landarbeiters ist auch der Feind des Siedlers. Daraus muß der Siedler die Konsequenz ziehen. Er gehört in die Kampfreihe der Sozialdemokratie gegen die Regierung der Barone, gegen die politische und soziale Reaktion.

Räffel um Rosemarie

Bahnbeamte fanden am Sonntag Vormittag auf der Berliner Dorndorfer Straße Stettiner Bahnhofs-Gebäudebrücken ein leuchtendes Mädchen (Rosemarie) vertrieben und brennend an. Am Krankenhaus erlosch das Kind für kurze Zeit des Bewußtseins und gab an, daß es Rosemarie Bobbin heiße und 6 Jahre alt sei. Die Morbidität der Berliner Kriminalpolizei stellte fest, daß das kleine Mädchen, das von seinen Eltern seit Freitagmorgen vermißt wurde, die 147. Gemeindefeldstraße, in der unbekannte Täter in der Nacht zum Sonntag einen Einbruch verübt haben. Die Eindringlinge waren in das Zimmer des Refektoriums gelangt, indem sie die Füllung der verschlossenen Tür ausstießen.

Die herausgeschüttelten Refektorien lagen neben dem Kind auf dem Boden. Es konnte weiter ermittelt werden, daß das Kind im Lauf der Nacht zwischen den beiden Schienen lag; gegen 6 Uhr morgens fuhr über die Sechsbahn eine Güterzug hinweg, ohne sie aber zu verletzen. Ein im Krankenhaus festgestellter Schädelbruch rührt davon her, daß die kleine von den Eindringlingen, gleichzeitig mit den Refektorien der Füllung, von der Grenzstraßen-Brücke aus auf das Eisenbahngelände gemworfen worden ist. Schiffsleute hätten diese Annahme — Vermutlich ist es dem Kind ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden.

Sicherung der Rassenbeiträge

Die Epikureer der Rassenkassen und der Rassenregierungen die Einziehung der Rassen in das Sicherungsverfahren zu fordern, da die bisherige Handhabung des Verfahrens demotiviert, das erhebliche Beitragslücken rufen würde. Die österreichischen Rassenkassen sind infolge dessen schon seit längerer Zeit nicht mehr in der Lage, die fallenzureichenden Honorare zu zahlen. In gleicher Weise leiden die Rassenkassen in Preußen, die Rassenkassen und die übrigen Heilverbände. Die Einziehung der Rassenkassen in das Sicherungsverfahren kann und soll, wie die Verbände ausdrücklich erklären, nicht eine Neubestimmung der landwirtschaftlichen Betriebe herbeiführen.

Bisher waren alle von den Verbänden bei den Regierungsstellen unternommenen Schritte erfolglos.

Mord

Am Walde von Stegen (Wettlingen) wurde die 27jährige Ehefrau Emma Schärer ermordet aufgefunden. Die Täter, ein 27jähriger Bergarbeiter Berner Ely aus Stegen und sein Freund Herrbert Neemann konnten gefasst werden. — Frau Schärer, die seit einigen Monaten von ihrem Mann getrennt lebte, hatte zu Ely Beziehungen unterhalten, die nicht ohne Folgen blieben. Der junge Liebhaber und sein Freund hatten daraufhin Frau Schärer in den Wald gelockt, niedergeschlagen und erdrosselt.

Typhusepidemie

Die seit einigen Wochen in der bulgarischen Hauptstadt Sofia grassierende Typhusepidemie hat in den letzten Tagen in beängstigender Weise um sich gegriffen. Zur Zeit liegen über 500 Schwerverrannte in den Krankenhäusern, zu denen täglich 10 bis 20 neue Fälle hinzukommen. Die Stadt Sofia hat einen Kredit von einer Million zur Bekämpfung der Seuche zur Verfügung gestellt.

„Preußen contra Reich“

Das Stenogramm über den Staatsgerichtshof

Unter diesem Titel bringt der Verlag J. A. H. Dieckmann, G. m. b. H., demnächst eine Neuerscheinung von besonders hervorragender Bedeutung und Aktualität heraus. Es handelt sich um den authentischen Stenogrammbuch der Verhandlungen der Klage der Ränderregierungen gegen das Reich vor dem Staatsgerichtshof vom 10. bis 17. Oktober 1932. Diese Verhandlungen, die die Vorgänge um 20. Juli betreffen, haben nicht nur im Inlande, sondern auch in weiten Kreisen des Auslandes Aufsehen hervorgerufen. Der Verlag ist bemüht gewesen, über diesen bisher staatsrechtlich einzig bestehenden Vorgang einen in jeder Beziehung einwandfreien Stenogrammbuch zu übernehmen, um so diese Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof zu einem außerordentlich wertvollen Quellen- und Urkundenwerk von besonders wichtiger und historischer Bedeutung zu vereinigen. Das Werk wird um so bedeutungsvoller werden, als sich der Vertreter Preußens vor dem Staatsgerichtshof, Ministerialdirektor Dr. Bredt, jetzt erklärt hat, ein eingehendes Vornorm zu schreiben.

Es ist daher anzunehmen, daß man nach dieser Neuerscheinung geradezu greifen wird. Der Verlag hat übrigens eine Subskription eröffnet, die bis zum 1. Dezember S. läuft, und hat für diese Subskriptionszeit den Verkaufspreis auf 12,50 Mark (statt eines Ladenpreises von 18 Mark) reduziert.

Der Tendenzpunkt

Die Richtlinien der Reaktion

Die Richtlinien der Regierung haben für die Befriedigung der Rundfunkprogramme fast jetzt vernachlässigt worden. Danach soll der deutsche Rundfunk künftig seine Aufgabe vor allem in der Pflege der nationalen und christlichen Erziehung sehen. Nach den bisherigen Erfahrungen bedeutet das für die Praxis nur eine schriftliche Festlegung dessen, was unter dem Reichsrundfunkkommissar Scholz im Rundfunk bereits Übung geworden ist.

Die neue Kompetenzverteilung im Rundfunk zwischen Reich und Ländern dürfte zu heftigen Reibungen führen. Die Verhandlungen für die Neuordnung der Kompetenzverteilung haben zwar manchen Absicht an den parlamentarischen Verhandlungen des Reichskommissars Scholz gebracht, das Ganze bleibt jedoch noch rechtlich unbestimmt. Nach den neuen Vereinbarungen wird das Reich nicht mehr das Recht zur Ernennung der Staatskommissare haben, sondern die Länder ernennen die Kommissare im Einvernehmen mit dem Reich. Die Ernennung der leitenden Persönlichkeiten bei den einzelnen Sendern geschieht durch die Gesellschaftsverammlung nach vorheriger Stellungnahme des Reichskommissars, wobei zu beachten ist, daß die Reichsrundfunkgesellschaft bei jedem Sender mit 5 Proz. beteiligt ist. In den künstlerischen und politischen Programmengeheimnissen haben Reich und Länder ein wechselseitiges Vetorecht. In Zweifelsfällen muß die unstrittige Darbietung unterbleiben.

Opfer für das Volk

Aus der unstrittigen Rede Leipzigs

Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht heute in einer kleinen handlichen Broschüre (Preis 40 Pf.) Organisationspreis 30 Pf.) die Rede, die der Bundesvorsitzende Leipziger vor Kurzem in der Bundesversammlung des ADGB in Bernau über „Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften“ gehalten hat. Die Rede hat seinerzeit in der Öffentlichkeit ein starkes Echo ausgelöst, weil manche Leute in ihr eine Schwankung der Gewerkschaften zum Nationalismus entdecken wollten. In Wirklichkeit hat Leipziger in Bernau nur die Stellung des freigewerkschaftlichen Arbeiters zur Nation beleuchtet und dabei von neuem darauf aufmerksam gemacht, daß sich auch die freien Gewerkschaften der nationalen Grundlagen der Kultur sehr wohl bewußt seien und stets bemüht waren — eine Tatsache, die in Deutschland leider auch an führenden Stellen in Bergeltend gelte.

„Wir haben“, so betont Leipziger in seiner Bernauer Rede, „für unser Volk Opfer gebracht. Wir haben es im Krieg, dafür legen wir manche mannhaften Worte von Karl Legien das beste Zeugnis ab. Wir haben es im Kampf gegen den Separatismus im Westen und in der Zeit des passiven Widerstandes im Ruhrkampf. Wir haben alles unterworfen, was unser Volk frei und wirtschaftlich wieder gesund machen sollte. Wir wehren uns

aber dagegen, daß der nationale Gedanke mit dem antisozialistischen Kapitalismus System gefestigt wird. Die überkommene Ordnung ist uns zu eng. Sie ist nicht mehr, unsere Forderungen nach einem menschenwürdigen Leben der Arbeiterklasse zu vernünftigen. Sie schließt uns das Leben ab, das wir in uns tragen. Wir brauchen freie Entfaltung unserer Kräfte auf dem Boden der Demokratie.“

Kampf der Fischer

Die Ursachen der Haftstrafe

Die Veröffentlichung über die Ursache der Haftstrafe hat für die Fischer des Reiches

Gühne für Reichenbach

Begründung des Urteils im Prozeß über den Mordversuch am SPD-Redakteur

Eigener Bericht

Breslau, 12. November.

Zur Begründung des Urteils gegen die Angeklagten im Reichenbacher Sprengstoffprozeß erklärte der Vorsitzende des Schwurgerichts Sondergerichts am Freitagabend:

Das Ergebnis der Beweisaufnahme schließt jeden Zweifel aus, daß der Bombenanschlag gegen Paechte gerichtet war. Der Freispruch des Angeklagten Walter ist trotz dringenden Bedarfs lediglich wegen Mangel an Beweisen erfolgt. Durch den Umstand, daß eine Sprengstoffmischung des Paechte bereitgestellt war, ist der Tatbestand des § 5 des Sprengstoffgesetzes objektiv erfüllt. Da aber der Täter selbst zu Schaden gekommen sei, der Anschlag auf Paechte demnach als Versuch gewertet werden dürfe, habe das Gericht von der Anwendung der Todesstrafe abgesehen.

Eine harte Bestrafung Wagners sei in Anbetracht der zeitlichen Nähe und Wagners erfolglosen Verabredung erforderlich gewesen. Wagners müsse als Mörder angesehen werden. Bei Polomski, der nur der Beihilfe schuldig sei, komme Irreführender in Betracht, daß er als Kraftfahrer auf Befehl gebot habe. Als Irreführender habe das Gericht ferner die Jugend und die bisherige Unbescholtenheit Polomskis und Wagners angesehen. Polomski und Wagner hätten aus übertriebener und mißleiteter Idealismus gehandelt und nicht überleben können, wozu sie mißbraucht werden sollten.

Die Schuld des Angeklagten Heines, besonnte der Vorsitzende, sei einwandfrei erwiesen. Sie ergebe sich allein schon aus der vom Angeklagten im Laufe der Verhandlung freiwillig gestandenen Anweisung, er habe am Morgen nach der Tat zu den bei ihm Schutz suchenden Beteiligten gesagt: „Wenn ihr melst, daß ihr was macht, dann werde ich euch nach Schloß Jurekstein schicken.“

eine katastrophale Situation geschaffen. Seitdem eine menschenwürdige Seite festgestellt wurde, daß die Haftstrafe auf den Genus tranter Fische zurückzuführen ist, brauchen die Fischer nicht mehr zum Fang zu fahren, da sie in der Regel nicht abgehängt können. Auch die im Reichsgesetz in der See und in den Binnenwassern gefangenen Fische können trotz niedriger Preise nicht verkauft werden. Eine Verwertungsstimmung hat die Fischer gepackt. Sie drohen, daß sie, wenn nicht in Kürze ihnen geholfen werde, zur Selbsthilfe greifen und den Kanal zu schließen würden, der die Königsberger Abwässer und damit auch die Zellstoffabwässer ins Frische Wasser führt. Beim Königsberger Regierungspräsidenten ist für heute eine Konferenz einberufen, die Abhilfe schaffen soll.

Preußen-Landtag

Landtagspräsident Herz hat den Preußischen Landtag am Donnerstag, den 24. November, einberufen. Die Tagesordnung wird später bekanntgegeben.

Die jetzt ist, wie verstanden, noch kein Schritt unternommen worden, um die schwer-brennenden Koalitionsverhandlungen wieder in Gang zu bringen. Allen Anzeichen nach wollen die Nationalsozialisten zunächst eine Erklärung der politischen Lage im Reich abwarten.

Löbe in Wien

Auf dem am Sonntag beginnenden Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie wird die Sozialdemokratische Deutschlands durch den früheren Reichstagspräsidenten Paul Löbe vertreten sein.

